

Politikbereich Sozialstaat (Sozialstaat allgemein, Solidarität, Bildung, Teilhabe, Selbstbestimmung, unternehmerische Belange der Caritas)

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
Sozialstaat allgemein						
Sozialstaat	<p>Wir wollen keinen Sozialstaat, der die Menschen entmündigt, sondern einen, der Teilhabe und neue Chancen ermöglicht: Wir wollen einen ermöglichenden Sozialstaat. (78)</p> <p>Wer also echte Teilhabe ermöglichen will, der muss investieren in einen befähigenden Sozialstaat (82)</p>	<p>In der Sozialen Marktwirtschaft sichert der Staat den Rahmen, in dem die Menschen frei handeln. Er stellt sicher, dass fairer Wettbewerb Arbeitsplätze schafft, Leistung belohnt und Schwache schützt. (4)</p>	<p>Wir sind für den liberalen Sozialstaat. Die zentrale Staatsaufgabe ist nicht die Schaffung absoluter Gleichheit, sondern die Sicherung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für alle Menschen (3)</p> <p>Kooperationsprinzip, nach dem Staat und Religionsgemeinschaften je eigenständig und zugleich im Sinne des Gemeinwohls aufeinander bezogen sind (41)</p>	<p>Gute Arbeit und eine gerechte Finanzierung sind die Voraussetzungen für einen guten Sozialstaat (13)</p> <p>Sozialstaatsgebot im GG schärfen (26)</p> <p>„Die Richterinnen und Richter sind dem Rechtsstaat ebenso wie dem Sozialstaat verpflichtet.“; Sozialstaatsgebot im Grundgesetz konkretisieren (27)</p> <p>Ganzheitlichen Beratungsansatz durch mehr Angebote stärken (17)</p> <p>Die Humanität einer Gesellschaft misst sich an ihrem Umgang mit Menschen in Not (29)</p>	<p>Sozialstaat als organisierte Solidarität, Eintreten der Gemeinschaft für Hilfebedürftige (34)</p> <p>Erweiterung der liberalen Bürgerrechte um soziale Rechte (34).</p>	<p>Erhalt und Ausbau des Sozialstaates auch in und nach der Wirtschaftskrise. Gefahr der Handlungsunfähigkeit des Staates für soziale Aufgaben durch Überschuldung.</p>
Bürgergesellschaft	<p>Gelebte Demokratie braucht bürgerschaftliche Einmischung, soziale Bewegungen und den konstruktiven Streit um das Gemeinwohl. (162)</p>	<p>Ehrenamtliches Engagement fördern, von Bürokratie befreien und öffentlich würdigen (8)</p> <p>Zur aktiven Bürgerge-</p>	<p>Zivilcourage ist notwendige Voraussetzung der Bürgergesellschaft (Opferschutz) (32)</p> <p>Die liberale Bürgergesellschaft, in der der</p>	<p>Soziale Gleichstellung in unterschiedlichen Räumen und Formen sicherstellen (17)</p> <p>Mehr auf die Bürgerin und den Bürger setzen;</p>	<p>Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar; auf die Vielfalt des Engagements setzen (41)</p> <p>Ehrenamt darf nicht als</p>	<p><i>Siehe auch Politikbereich Engagementpolitik sowie Einsatz gegen Rechtsextremismus</i></p> <p>Ehrenamtliches Engagement ist wichtig,</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
		<p>sellschaft ermutigen: Wir wollen eine neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der „aktiven Bürgergesellschaft“. Wir wollen Eigeninitiative und Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppen stärken und so eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen. (37)</p> <p>Wir wissen, dass neben der staatlichen Verantwortung bürgerschaftliches Engagement für ein kulturelles Leben unersetzlich ist, an dem alle teilhaben können. Wir wollen den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für kulturelle Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten – von der Musik bis zum darstellenden Spiel, von der Suche nach neuen Ausdrucksformen bis zur Brauchtumpflege – nachdrücklich unterstützen. (38)</p>	<p>Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ist der Menschenwürde verpflichtet (2)</p> <p>Selbstverwaltungsrecht der Kommunen stärken, Konnexitäts-Prinzip in das Grundgesetz aufnehmen (29).</p> <p>Privat vor Staat (2, 17)</p>	<p>Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaats missbraucht werden (31)</p>	<p>Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein (44)</p>	<p>muss aber frei sein. Freiwillige Arbeit darf nicht vom Staat instrumentalisiert werden (Lückenbüßerfunktion). Freiwillige müssen auch an Entscheidungen partizipieren dürfen in den Bereichen, in denen sie tätig sind. Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten und Stärkung der demokratischen Rechte</p>
Wirtschaft	Wir wollen eine soziale	Wir wollen die Neuver-	Privilegierung von Sozi-	Konsequente Demokra-	Den handlungsfähigen	DCV gegen Steuersen-

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
/Finanzierung	<p>und ökologische Wirtschaftsordnung. (25)</p> <p>Solidarische Ökonomie (47)</p> <p>Deshalb verbinden wir Verteilungsgerechtigkeit mit Teilhabeberechtigung (18)</p> <p>Steuersenkungen auf Pump wird es mit uns nicht geben. Denn die Steuersenkungen von heute sind die Schulden und die Sozialkürzungen von morgen. (58)</p>	<p>schuldung senken, indem wir die zur Krisenbekämpfung notwendigen neuen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abtragen. Wir halten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest. Dafür haben wir die Schuldenbremse im Grundgesetz auch gegen Widerstände verankert. Sie ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und der Vernunft. (5)</p> <p>Steuererhöhungen werden abgelehnt (9)</p> <p>An Kirchensteuer wird festgehalten (37)</p> <p>Öffentliche Daseinsvorsorge stößt finanziell häufig an ihre Grenzen, daher müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finanzierung intensiver als bisher genutzt werden. Dabei ist vollständige Privatisierung nicht immer beste Lösung (48)</p>	<p>alkassen gegenüber privaten Gläubigern im Insolvenzrecht korrigieren (33)</p>	<p>tisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, unterstützt durch ein staatliches Zukunftsprogramm (100 Milliarden €) in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (4).</p> <p>Vergesellschaftung des Finanzsektors, Demokratisierung der Wirtschaft, mehr soziale Gerechtigkeit, stärkerer Binnenmarkt und konsequenter ökologischer Umbau unterstützt durch ein staatliches Zukunftsprogramm (100 Milliarden €) in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (7)</p> <p>Umverteilung von unten nach oben beenden und umkehren. Einkommenssteuer sozial und gerecht reformieren (3, 4, 18)</p> <p>Für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung, in der die Demokratie mehr zu sagen hat als die Wirtschaft (6),</p>	<p>Staat solidarisch finanzieren, kein Steuerbeitrag, kein schädlicher Steuerwettbewerb, solidarischer Lastenausgleich (31) Verpflichtung von Unternehmen (Aktiengesetz) auf das Gemeinwohl (13).</p> <p>Solidarischer Lastenausgleich, der die für die Krise Verantwortlichen und die Vermögenden an der finanziellen Bewältigung der Lasten beteiligt (5, 12)</p>	<p>kungsversprechen zum jetzigen Zeitpunkt. Handlungsfähigkeit des Staates muss erhalten bleiben.</p> <p>Bei Steueränderungen die Verteilungswirkung beachten, dass es nicht von unten nach oben verteilt wird.</p>
Gesellschaft	Gerechtigkeit schafft	Seit Ludwig Erhard gilt		In einem überparteil-	Für einen handlungsfä-	Bei Gesetzesänderun-

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
und Gerechtigkeit	<p>Freiheit für alle. Ohne eine Politik der Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkommen bleibt Freiheit für viele ein leeres Versprechen. Deshalb wollen wir eine durchlässige Gesellschaft, in der die sozialen Blockaden aufgesprengt sind und niemand ausgeschlossen wird (18)</p> <p>Ohne Gerechtigkeit gibt es keine echte Chance auf ein selbstbestimmtes Leben für jede und jeden. Deshalb kämpfen wir für mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit und für eine Politik der Teilhabe, die sich gerade an diejenigen richtet, die in unserer Gesellschaft schnell vergessen werden (78)</p>	<p>der Grundsatz „Wohlstand für alle“. Für uns bedeutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. (9)</p> <p>Arbeit der Wohlfahrtsverbände und privaten Organisationen sowie Selbsthilfegruppen sind für eine menschliche Gesellschaft unverzichtbar (38)</p>		<p>chen Pakt eine Sozialstaatsgarantie durchsetzen (13)</p> <p>Es geht nicht darum, den Sozialstaat für jeden Missstand oder jedes Unglück in die Pflicht zu nehmen. Es geht darum, staatliches Handeln ausdrücklich darauf zu verpflichten, aktiv gegen soziale Ausgrenzung, Ungerechtigkeit, Arbeits- und Wohnungslosigkeit vorzugehen. (26)</p> <p>Sozialstaatsgebot im Grundgesetz muss geschärft werden; Sozialstaat nicht nur für die Beseitigung von Missständen verantwortlich, sondern muss aktiv gegen soziale Ausgrenzungsprozesse, um Gerechtigkeit, Arbeit - und Wohnungslosigkeit vorgehen und einschreiten, (27).</p>	<p>higen, zukunftsfähigen und überlegenen Sozialstaat, in dem alle gerecht entlohnt Arbeit haben, alle Jugendlichen einen Schul - und Bildungsabschluss haben, Familien verlässliche Strukturen haben, die Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen vorangebracht ist, die Integration als zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesehen wird und Deutschland als ein wichtiger Teil Europas agiert (9 f)</p>	<p>gen Prüfung der Teilhabegerechtigkeit und damit der Auswirkungen auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.</p> <p>Sozialpolitische Forderungen für Menschen am Rande (neue caritas 110 (2009) 8, S. 33ff): u.a.</p> <p>a) gesundheitliche Versorgung wohnungsloser Menschen gewährleisten</p> <p>b) wirksame Resozialisierung und Qualifizierung straffällig gewordener Menschen</p> <p>c) Situation von Asylsuchenden und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus verbessern</p> <p>Der Deutsche Caritasverband setzt sich für die Herstellung von Chancengerechtigkeit ein und tritt Diskriminierung entgegen. Gleiche Zugangs- und Lebenschancen in allen gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevanten Bereichen sichern den sozialen Frieden und stärken das Gemeinwe-</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
						sen. Chancengerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen muss ein gesamtgesellschaftliches Ziel werden. Der gleichberechtigte Zugang zu Chancen muss sowohl gesetzlich gesichert als auch im Alltag umgesetzt werden. (Miteinander leben. S. 13)
Solidarität						
Bürgerversicherung und Bürgerengagement	Verlässliche soziale Sicherungssysteme (15): Bürgerversicherung (92: alle Menschen, mehrere Einkommensarten, Anhebung von Freigrenzen und Beitragsbemessungsgrenze), Garantierente (95: ggfls. als Bürgerversicherung), Grundsicherung (85 f.).	Neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der „aktiven Bürgergesellschaft“; Eigeninitiative und Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppen stärken und so eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen (37) Große Bedeutung der christlichen Kirchen (37) Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligen-Jahren in Berufsbiographien (38)	Pauschalisiertes, einkommensabhängiges und Erwerbstätigkeit forderndes Bürgergeld als solidarische Sicherung der Teilhabe (8 f.). Wehrdienst/ Zivildienst aussetzen; Haushaltsmittel für den Zivildienst sollen für gezielte Beschäftigungsförderung im Sozialbereich und zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements umgewidmet werden (22)		Bürgersozialversicherung als Leitprinzip bei der Absicherung von Gesundheit und Pflege (34 ff), bei der Alterssicherung (Einbeziehung der Solo-Selbstständigen (36) und Absicherung von Arbeitslosigkeit (34). Der Sozialstaat braucht organisierte Solidarität, Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar (41).	Wenn Bürgergeld zu hoch, besteht kein Arbeitsanreiz. Wenn es zu niedrig ist, wird das Existenzminimum nicht gesichert. Gefahr der radikalen Absenkung des Existenzminimums für Menschen ohne weitere Einkünfte. Besondere Leistungen des derzeitigen Sicherungssystems für Jugendhilfe, Menschen mit Behinderung etc. gefährdet, da sie als Gegenfinanzierung meist mitgerechnet werden. Ökonomische Machbarkeit fragwürdig.

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
Solidargemeinschaft und private Vorsorge	<p>"Solidarische Ökonomie": Genossenschaften, Tauschnetze, Bürgerschaftliches Engagement u.a.; genossenschaftliche Rechtsform entbürokratisieren (47).</p> <p>Mit einer solidarisch finanzierten Garantierente, die ab sofort eingeführt werden soll, wollen wir Ältere vor Armut schützen, auch jene Bürgerinnen und Bürger, die zusätzlich keine betriebliche oder private Vorsorge betreiben konnten. Die Garantierente muss aus Steuermitteln finanziert werden. (95)</p>	Steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge flexibler gestalten (10)	Absicherung des Existenzminimums, nicht honorieren der Bequemlichkeit (5).	<p>Gegen Privatisierung und Armen-Fürsorge, für starke öffentliche Solidarsysteme, mehr öffentliche Solidarität, Beteiligung der Unternehmen paritätisch an der Finanzierung der sozialen Sicherung, Einbindung aller Berufsgruppen in die Solidarsysteme (13; Rentenversicherung: Bürgerversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze; Krankenversicherung: alle Berufsgruppen, alle Einkommensarten, paritätische Finanzierung, 13f; einheitliche Erwerbstätigen-Versicherungen für alle Erwerbstätigen, 14).</p> <p>Kündigungsschutz ausweiten, familienfreundliche Umverteilung des gesellschaftliche erbrachten Arbeitsvolumens (5, 15),</p> <p>Kindergrundsicherung einführen (11).</p>	<p>Wir stehen solidarisch für einander ein und helfen denen, die nicht alleine mit Arbeit ihr Leben bestreiten können (21)</p> <p>" In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft." (39)</p> <p>Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, Rechtsanspruch auf Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs, Langzeitkonten für Weiterbildung (25)</p>	Jeder, der in Deutschland wohnt (auch Ausländer) muss das Recht haben, sich gegen Lebensrisiken versichern zu können (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit etc.). Für Transferempfänger muss das Existenzminimum vom Staat garantiert sein.
Bildung	Zusätzliche Mittel für Bildung durch „Bildungssoli“ (101)	Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik (31)		Soziale Dienstleistungen ausweiten in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und Kultur (5)	Solidarbeitrag für Bildung als Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen einführen; Integration durch gemeinsame Bildung und	Mehr Bildungsanstrengungen für Kinder und Jugendliche aus „bildungsfernen Schichten“ und Benachteiligte.

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
				Nationalen Bildungspakt auflegen (21) Weiterbildung als öffentliche Aufgabe verankern (22)	Erziehung fördern, Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen (28). gebührenfreien Bildungssystem (7)	Bildung ganzheitlich und individuelle Förderung um allen Kindern eine Chance zu geben.
Teilhabe						
Befähigung durch Bildung	Ohne eine Politik der Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkommen bleibt Freiheit für viele ein leeres Versprechen. Deshalb wollen wir eine durchlässige Gesellschaft. (18) Medienkompetenz von Älteren unterstützen. (121) Wie setzen und für eine vielfältige Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. (192) Das Recht auf einen freien Zugang zum Internet ist eine entscheidende Teilhabefrage des 21. Jahrhunderts. (195) Befähigung aller zur Teilhabe. (21)	Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und Frauen an und ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen. (21) Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder wird neue Berufschancen eröffnen. (21) Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, solidarisches und verantwortungsbewusstes Leben. Bildung ist die beste Vorsorge für die Zukunft. (31)	Faire Bildungschancen für alle sind der Schlüssel zur Freiheit, zur sozialen Teilhabe, zum persönlichen Glück und Wohlstand. (42)	Bildung zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung, individuelle Gestaltung des Lebens und für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft (21)	Allgemeine, politische und kulturelle Bildung als Grundlage für ein erfülltes Leben und Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit (27) Kultur und Zugang zu Kultur für alle als Ermöglichung von Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönlicher Entfaltung (54).	Selbstbestimmte Teilhabe umfasst den Anspruch auf Befähigung zur Teilhabe. Befähigung von Anfang an, d.h. Unterstützung und Bildung ab der frühen Kindheit an. Hier sind besondere Anstrengungen notwendig durch die Schaffung gesicherter Rahmenbedingungen von Frühen Hilfen und bildungsge rechteren Strukturen.
Teilhabe durch Mitbestimmung	Aber auch in anderen Institutionen wollen wir	Generelles kommunales Wahlrecht für Aus-	Dafür, dass mehr Menschen an der Gestal-	Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen,	Mitbestimmung ausweiten, Beteiligungsrechte	Weg von der „Fürsorge“ hin zu selbstbestimmter

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
	<p>die Rechte der Beteiligten stärken/mehr Mitbestimmungsrechte (Schüler, Patienten, Selbsthilfegruppen, Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf) (85)</p> <p>Auch in Wirtschaft und Arbeit brauchen wir mehr Mitsprache und Mitbestimmung (171)</p> <p>Für einen nachhaltigen Lebensstil, der die Natur schützt, allen Menschen eine selbstbestimmte, menschenwürdige Teilhabe am wirtschaftlichen Leben ermöglicht (203)</p>	<p>länder wird abgelehnt (33)</p> <p>Engagement vor Ort und die Möglichkeit, an Entscheidungen teilzuhaben, führt zu Zusammengehörigkeitsgefühl im Gemeinwesen und Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Gemeinordnung (47)</p>	<p>tung des Gemeinwesens mitwirken können. Dazu gehört eine Stärkung der demokratischen Entscheidungsprozesse durch mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung. Notwendig dafür ist eine bessere Zuordnung von politischen Prozessen, wer für welche politische Entscheidung auf welcher Ebene verantwortlich ist. Und durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten werden Wege für mehr Demokratie eröffnet (38).</p> <p>Föderale Strukturen stärken, mehr Bürgernähe, mehr Demokratie, Wettbewerb als Methode, beste politische Lösungen zu finden (7)</p>	<p>für außerbetriebliche Auszubildende, in den Wissenschaftseinrichtungen der Forschungsorganisationen und in den Hochschulen stärken (22), der Beschäftigten (4), Betriebsräte (5) direkte Demokratie stärken: Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen, Petitionsrecht bürgernäher und transparenter gestalten, kommunale Selbstverwaltung stärken (10)</p>	<p>erweitern (27).</p> <p>Kommunales Wahlrecht ausweiten, direkte Demokratie ermöglichen, politische Bildung verstärken (56).</p> <p>Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen ist ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor (6)</p>	<p>Teilhabe, auch und gerade für Benachteiligte, die oft keine Lobby haben.</p>
Teilhabe für alle	<p>Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Innovationen (49)</p> <p>Wir wollen echte Teilhabe an Arbeit, Bil-</p>	<p>Die Chancen- und Lohngleichheit von Frauen zu verwirklichen, ist Teil einer Gesellschaft des Zusammenhalts. Wir stehen für eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen in Führungsfunktionen. (6)</p>	<p>Gesellschaftliche und politische Mitwirkung der älteren Generation ermöglichen, Menschen mit Behinderung die tatsächliche Teilhabe ermöglichen durch persönliches Budget und Barrierefreiheit (37, 38).</p> <p>Vertrauen in die Leis-</p>	<p>Demokratie als die gleichwertige Teilhabe aller an der Gestaltung der Gesellschaft (10)</p> <p>Deshalb ist eine Teilhabe aller zu ermöglichen. Frauen, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten sind besonders zu för-</p>	<p>Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben (21)</p> <p>Teilhabe für Behinderte in allen Lebensbereichen (inklusive Gesellschaft, Erwerbstätigkeit, persönliches Budget u.a) (43f)</p>	<p>Initiative zur selbstbestimmten Teilhabe und Kampagne „Menschen am Rande“: Auch Menschen am Rande sind Teil der Gesellschaft mit dem Recht auf Teilhabe.</p> <p>Für ein ausgewogenes Verhältnis von Männern</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
	<p>dung, Gesundheit und Einkommen für alle Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, die keinen Menschen aufgibt (78)</p> <p>Wir wollen, dass es für Langzeitarbeitslose auch öffentlich geförderte Beschäftigung gibt. (80)</p>		<p>tungsbereitschaft der Menschen, mehr Freiheit und Verantwortung, weniger staatliche Bevormundung (2).</p> <p>Stärkung der Tarifautonomie, Begrenzungen der betrieblichen Mitbestimmung, Einschränkung des Kündigungsschutzes, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft (12, 13).</p>	<p>dern (17).</p>		<p>und Frauen in Führungspositionen (Bei der Caritas selbst werden 50 % angestrebt. Delegiertenversammlung 2008, neue caritas 109 (2008), 20, S. 31ff, Anm. 24.)</p>
Integration	<p>Wir wollen dagegen Integration über gesellschaftliche Teilhabe und einer Politik der gleichen Rechte erreichen. (143)</p> <p>Wir brauchen eine durchlässige Gesellschaft, die durch umfassende Teilhabe Integration schafft (21)</p>	<p>Wir wollen ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen. CDU und CSU haben Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht. Deutschland ist Integrationsland. Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. (6)</p> <p>Integration der Menschen mit Migrationshintergrund eine Schlüsselaufgabe (33)</p>	<p>Rationale Integrationspolitik und humanitäre Zuwanderungspolitik (36)</p>	<p>Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Erkenntnis wird häufig nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt akzeptiert. Rechte stärken (17)</p>	<p>In der Integrationspolitik eine "Kultur der Anerkennung: Deutschland ist ein Einwanderungsland." Integration als gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben vor allem über ein Chancen gerechtes Bildungssystem (42).</p>	<p>Der DCV setzt sich für ein Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Sie sind aufgefordert, eine Gesellschaft aktiv mit zu gestalten, die auf Anerkennung, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung setzt und Identifikationsangebote auf der Basis eines pluralistischen und demokratischen Leitbildes macht. (Miteinander leben, S. 19)</p> <p>Siehe auch: Politikfeld Migration/Integration, Politikfeld Engagementpolitik</p>
Kommunalwahlrecht	siehe dazu Politikbereich Migration => Einzelaspekte=> Kommunalwahlrecht					

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
Selbstbestimmung						
Geschlechtergerechtigkeit und Lebenspartnerschaften	<p>Das ganze Programm ist mit Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit durchzogen: Beispielhaft seien genannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Paritätische Aufteilung der Elternzeit (117) - steuer- und sozialpolitische Gleichbehandlung aller Lebensformen mit Kindern (117) - Geschlechtergerechte Pharmaforschung (90) - Menschen sollen frei entscheiden können, wie sie leben wollen (113) <p>Spezifische Positionen finden sich außerdem unter dem Titel „Die Hälfte der Macht – Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern“ ab (180)</p> <p>Auch bezüglich Lebenspartnerschaften lassen sich unter dem Titel „Gleiche Rechte für Schwule, Lesben und Transgender“ (154) viele Positionen</p>	<p>Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebenslaufs in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen. Frauen und Männer sollen sich in Freiheit und Verantwortung so entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit. Wir wollen immer noch bestehende Benachteiligungen von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. (28)</p> <p>Wir respektieren die Entscheidungen von Menschen, in vielfältigen Formen des Zusammenlebens ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Dies gilt für die Ehe und für nichteheliche Lebensgemeinschaften von Frauen und Männern ebenso wie für gleich-</p>	<p>Privatheit ist der Kern persönlicher Freiheit (28, Datenschutzrecht). Selbstbestimmungsrecht der Patienten stärken (31 Geschlechtergleichstellung, Patientenverfügung), selbstverantwortliche Lebensgestaltung von Frauen und Männern (37).</p>	<p>Geschlechtergleichstellung und Gleichstellung der Lebensformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (36 f.).</p>	<p>Geschlechtergleichstellung, Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften, Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe (36)</p>	<p>Für ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen in Führungspositionen (Bei der Caritas selbst werden 50 % angestrebt. Delegiertenversammlung 2008, neue caritas 109 (2008), 20, S. 31ff, Anm. 24.)</p> <p>Die Ehe muss in ihrer besonderen Stellung geschützt werden.</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
	finden.	geschlechtliche Partnerschaften. Eine vollständige rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen CDU und CSU ab. (29)				
Verbraucherschutz	Umfassendes Informationsrecht (verpflichtende verbraucherrelevante Informationen auf den Packungen, Nachhaltigkeitssiegel, erweitertes Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände) (125) Lücken schließen im Verbraucherrecht (125)		Stärkung des Menschen im Markt durch umfassende Verbraucherbildung und rechtliche Absicherung der Konsumenten-Souveränität (60 f).		Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln, klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft der Produkte (16)	Für Verbraucherschutz, auch im Sozialbereich.
Eigenverantwortung						
	Der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, darf nicht durch Sanktionen angetastet werden. Die Frage nach der Gegenleistung darf nicht durch Zwang, sondern muss durch faire Spielregeln und positive Anreize gelöst werden. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die ohne Sanktionen aus-	CDU und CSU bekennen sich zur Tarifautonomie zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. (20) Befähigung zur richtigen Entscheidung in allen Lebensbereichen und in jedem Alter (51)	Wir setzen Eigenverantwortung gegen die Bevormundung durch die bürokratischen Auswüchse des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates (3) Vertrauen in die Leistungsbereitschaft der Menschen, mehr Freiheit und Verantwortung, weniger staatliche Bevormundung (2).		Leistung muss sich lohnen, das Aufstiegsversprechen muss gelten (21) Bürgerschaftliches Engagement ist für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Wir setzen nach	Voraussetzungen zur Wahrnehmung von Eigenverantwortung müssen geschaffen werden (Befähigung). (Zum Beispiel im Modell zur Bekämpfung der Kinderarmut bringt jeder hinzuverdiente Euro brutto auch einen höheren Nettoverdienst.)

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
	<p>kommt und die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt (86)</p> <p>Die bei den Arbeitsmarktreformen versprochene Balance zwischen Fordern und Fördern kam nie zustande, es dominieren Kontrolle und bürokratische Schikane über Ermutigung und Motivation zur Eigenverantwortung (83)</p>		<p>Stärkung der Tarifautonomie, Begrenzungen der betrieblichen Mitbestimmung, Einschränkung des Kündigungsschutzes, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft (12, 13).</p> <p>“Privat vor Staat“ im Gesundheitswesen (leistungsgerechtes Prämiensystem, Wettbewerb, Beitragsautonomie, Sicherstellung der notwendigen Grundversorgung Lohn unabhängig, für Bedürftige aus dem Steuersystem, 17 f).</p> <p>Kostenerstattungsprinzip und Selbstbeteiligung bei Gesundheitsleistungen (19)</p>		<p>wie vor auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern (59)</p>	
Unternehmerische Belange der Caritas						
Vergaberecht	<p>Vergabe: soziale und ökologische Kriterien im Vergaberecht rechtssicher und handhabbar ausgestalten. Kleine und mittlere Unternehmen sollen nicht länger benachteiligt werden. (48)</p>		<p>Öffentliches Vergaberecht, Beantragung von Fördermitteln transparenter, einfacher und anwendungsfreundlicher gestalten (51).</p> <p>Abschaffung vergabefremder Kriterien (13)</p>	<p>Stärkung von vergabefremden (sozialen) Kriterien bei öffentlichen Aufträgen (5, 20)</p>	<p>Im Vergaberecht mittelständische und tariftreue Unternehmen stärken (13)</p>	<p>Der DCV fordert die Zulassung von Einrichtungen der Jugendhilfe, Aus- und Fortbildungsstätten oder ähnliche Einrichtungen zum Wettbewerb mit gewerblichen Unternehmen.</p> <p>Der DCV plädiert für die</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
						<p>Zulassung von sozialen und umweltbezogenen Aspekten als zusätzliche Anforderungen für die Auftragsausführung.</p> <p>Das Vergaberecht sollte im Anwendungsbereich des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses keine Anwendung finden.</p>
soziale Dienstleistungen		<p>Öffentliche Daseinsvorsorge stößt finanziell häufig an ihre Grenzen, daher müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finanzierung intensiver als bisher genutzt werden. Dabei ist vollständige Privatisierung nicht immer beste Lösung (48)</p>	<p>Soziale Dienstleistungen: Subjekt- vor Objektfinanzierung, Sachleistungsprinzip durch Wahlfreiheit ersetzen; Subventionsfinanzierung durch Gutscheinfiananzierung oder Geldleistungen an die Unterstützenden ablösen; anderenfalls Ausschreibungslösungen (22f)</p>			<p>Der DCV hält das persönliche Budget in geeigneten Hilfefeldern als die beste Form, selbstbestimmte Teilhabe zu fördern, da selbstbestimmte Teilhabe durch eine subjektbezogene Finanzierung befördert wird.</p> <p>Die Finanzierung im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis ist der Finanzierung über öffentliche Aufträge (Vergaberecht) vorzuziehen.</p> <p>Eine wettbewerbsrechtliche Ausgestaltung erfordert den weitgehenden Verzicht auf Zulassungsbeschränkungen. Soweit eine staatliche Steuerung unerlässlich ist, sind hierfür transpa-</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
						<p>rente Verfahren erforderlich</p> <p>Siehe hierzu: Eckpunkt Papier des DCV „Selbstbestimmte Teilhabe sichern, Märkte ordnen, im Wettbewerb bestehen“ vom 18.10.2007 in: neue caritas 109 (2008) 2, S.32-33</p>
Steuerrecht	<p>Mit der ökologischen Steuerreform wird umweltverträgliches Verhalten belohnt. Umweltschädigendes Verhalten wird teurer. (33)</p> <p>Einführung Finanzumsatzsteuer, Ablehnung von Steuerlichen Privilegien für Finanzprodukte (41)</p>	An Kirchensteuer festhalten (37)	<p>Wiedereinführung degressive AfA, Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter (6)</p> <p>Unternehmenssteuer: Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25% (6)</p> <p>Kapitalgesellschaften mit Gewinn > 20000€, KSt auf 25% anheben, Gewerbesteuer durch Konzept der Kommunalfinanzierung ersetzen (7)</p> <p>Umwandlungsvorgänge nicht sofort besteuern (7)</p>	<p>Einführung einer Börsenumsatzsteuer (4, 7)</p> <p>Ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7% auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel sowie arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk ausweiten (19)</p> <p>Rücknahme der letzten Senkung der Körperschaftssteuer von 25% auf 15%, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (19)</p>	Einführung Börsenumsatzsteuer (12, 33)	<p>Der DCV plädiert für die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf</p> <p>a) mit der Erziehung von Kindern zusammenhängende Produkte und Dienstleistungen, wie Kinderkleidung, Kinderschuhe, Kinderspielzeug, Babywindeln, Babypflegezeug und Kindersitze für Kraftfahrzeuge</p> <p>b) auf medizinische Versorgungsleistungen, zahnärztliche Leistungen sowie für – insbesondere nichtverschreibungspflichtige – Medikamente</p> <p>c) Tätigkeiten zur Betreuung älterer Menschen sowie auf häusliche Pflegedienstleistungen</p>

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
						gen, Transportmittel für Menschen mit Behinderungen, Inkontinenzwindeln für Erwachsene, Hilfsmittel und elektrische, elektronische oder sonstige Vorrichtungen d) Leistungen der Körperschaften, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen (Quelle BAGFW, 06.03.2008)
Ausbildung	Ausbildungssystem so umbauen und ausbauen, dass alle Jugendlichen eine echte Chance auf einen guten Berufsstart bekommen und damit das Recht auf Ausbildung umgesetzt wird. (104) In der Kranken- und Altenpflege plädieren wir für eine Ausbildungsumlage in allen Bundesländern. (83)	Ausbildung beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit; Ausbildungs-pakt fortführen (32)		Ausbildungsumlage im dualen System einführen, außer- und überbetriebliche Ausbildungen mit betrieblichen gleichstellen (5)	Ausbildungspakt weiterentwickeln, Ausbildungsplatz-Verpflichtung der Wirtschaft stärken (24)	Der DCV weist darauf hin, dass im Sozialbereich viele Ausbildungen in der geforderten Quote nicht mit gezählt werden, da sie in einer Schule stattfinden. Hier ist bei einer eventuellen Ausbildungsplatzabgabe eine differenzierte Vorgehensweise notwendig.
sonstiges	Sozialer Sektor als wichtiger Wirtschaftsfaktor, insbesondere Pflege (35)	Mehr Wertschätzung für den Dienst am Menschen (7)	Kündigungsschutzgesetz beschäftigungsfreundlicher gestalten (12)	Einführung einer verbindlichen Praktikumsvergütung von mind. 300€ (5)	Arbeit „Menschen für Menschen“ ausbauen (in Betreuung, Bildung, Pflege, Gesundheitswe-	Faire Wettbewerbsregeln im Sozialmarkt. Favorisiertes Modell ist das sozialrechtliche

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen (10.5.2009)	CDU/ CSU (29.6.2009)	FDP (17.5.2009)	Die Linke (20./21.6.2009)	SPD (14.6.2009)	DCV
	Datenschutzrecht verbraucherfreundlich grundsanieren (126)	Ermöglichung von generationsübergreifenden Projekten, z. B. Mehrgenerationshäusern, Ausbau von neuen Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen (27)	Effektives Datenschutzrecht (26) Melderegisterauskünfte zu Werbezwecken nur zulässig, wenn zuvor Zustimmung (27)	Ausweitung sozialer Dienstleistungen, insb. Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen (5) 100 Milliarden Euro pro Jahr zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und 100 Milliarden für sozial-ökologische Arbeitsplätze (7) Dogmatischen Grundsatz, dass privat besser sei als öffentlich, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgeben (7), für starken öffentlichen Sektor, Gesundheit nicht in privater Hand (7) i. V. m. Krankenhäusern, Versorgungszentren: für alle frei-gemeinnützigen Unternehmen, denen öffentliche Dienstleistungen übertragen werden, die gleiche Tarife wie für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst zur Voraussetzung machen (15)	sen) (15) Faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge im nationalen und europäischen Recht; Daseinsvorsorge soll den EU-Mitgliedsstaaten und den Gebietskörperschaften überlassen bleiben (16) Wiedereingliederungsmanagement und Rehabilitation Vorrang vor Erwerbsminderungsrente geben (26) Öffentliche Zukunftsinvestitionen spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden (7) Modell des High-Tech-Gründerfonds: Staat soll als Ko-Investor zusammen mit privaten Kapitalgebern im Bereich soziale Dienstleistungen tätig werden können (15)	Dreiecksverhältnis.